

Antrag 136/I/2025**KDV Charlottenburg-Wilmersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Bildungseinrichtungen sollen bundesweit verpflichtet werden, Demokratiebildung, Erinnerungskultur und die Vermittlung des Grundgesetzes verbindlich im Lehrplan zu verankern.**

1 Die SPD-Mitglieder in den Landesparlamenten und -
 2 regierungen sowie in Bundestag und Bundesregierung
 3 werden aufgefordert, auf die Lehrpläne dergestalt einzu-
 4 wirken, dass darin für Bildungseinrichtungen bundesweit
 5 Demokratiebildung, Erinnerungskultur und die Vermitt-
 6 lung des Grundgesetzes verbindlich verankert werden.

7 Dabei sind moderne Herausforderungen wie der Einfluss
 8 sozialer Medien und eine sich zunehmend diverser ent-
 9 wickelnde Gesellschaft gezielt zu berücksichtigen, um die
 10 freiheitlich-demokratischen Grundwerte der Bundesre-
 11 publik Deutschland nachhaltig zu stärken. Dieser Antrag
 12 möchte erreichen, dass das selbst gesetzte Ziel der Kultus-
 13 ministerkonferenz, Kindern und Jugendlichen durch den
 14 Schulunterricht die Werte der Grund- und Menschenrech-
 15 te zu vermitteln, tatsächlich erreicht wird.

16 Konkrete Mittel hierzu sollen als Bestandteile der gefor-
 17 derten angepassten Lehrpläne sein

- 18 1. Verpflichtenden Epochenunterricht mit Vermitt-
 19 lung des Grundgesetzes, Demokratiebildung und Er-
 20 innerungskultur
- 21 2. Aktiver Förderung der Diskussionskultur
- 22 3. Einbindung aktueller Themen aus der Politik
- 23 4. Die Stärkung demokratischer Schulstrukturen wie
 24 von Schülerparlamenten und Klassensprecherwah-
 25 len
- 26 5. Die konsequente Würdigung der Diversität

27

Begründung

29 Die jüngsten Entwicklungen zeigen eine besorgniserre-
 30 gende Zunahme antisemitischer und autoritärer Denk-
 31 muster, insbesondere unter jungen Menschen. Aktuelle
 32 sozialwissenschaftliche Studien belegen, dass ein Drittel
 33 der unter 30jährigen antisemitische und antidemokrati-
 34 sche Einstellungen teilt, während gleichzeitig 71 % dieser
 35 Altersgruppe grundlegendes Wissen über die Shoah fehlt.
 36 Dieser Höchststand an Antisemitismus und antidemo-
 37 kratischen Einstellungen unter jungen Menschen ist un-
 38 ter anderem darauf zurückzuführen, dass diese mehrere
 39 Stunden täglich soziale Medien nutzen und dabei die Ziel-
 40 gruppe von Akteuren sind, welche gezielt antisemitische
 41 Propaganda verbreiten, insbesondere seit der Eskalation
 42 des Nahost-Konfliktes in Folge des Terroranschlages auf Is-
 43 rael am 07.Oktober 2023. Allerdings sind all diese jungen
 44 Menschen im schulpflichtigen Alter und somit sind die
 45 Schulen ein wesentlicher Ort, an dem demokratische Wer-
 46 te vermittelt werden können. Die Rolle des Bildungssys-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

der Bundesvorstand der Partei wird aufgefordert darauf
 hinzuwirken, dass es in den Ländern zu einem abgestimm-
 ten Vorgehen kommt im Umgang mit Demokratiebil-
 dung, Erinnerungskultur und die Vermittlung des Grund-
 gesetzes in Schulen. Hierzu ist eine Expertenkommission
 einzuführen, die Empfehlungen erarbeitet, die perspekti-
 visch über die KMK Einzug in die Landesprogramme erhal-
 ten soll.

Konkrete Mittel hierzu sollen als Bestandteile der gefor-
 derten angepassten Lehrpläne sein

1. Verpflichtenden Epochenunterricht mit Vermitt-
 lung des Grundgesetzes, Demokratiebildung und Er-
 innerungskultur
2. Aktiver Förderung der Diskussionskultur
3. Einbindung aktueller Themen aus der Politik
4. Die Stärkung demokratischer Schulstrukturen wie
 von Schülerparlamenten und Klassensprecherwah-
 len
5. Die konsequente Würdigung der Diversität

Dabei sind moderne Herausforderungen wie der Einfluss
 sozialer Medien und eine sich zunehmend diverser ent-
 wickelnde Gesellschaft gezielt zu berücksichtigen, um
 die freiheitlich-demokratischen Grundwerte der Bundes-
 republik Deutschland nachhaltig zu stärken.

47 tems ist entscheidend: Schulen sind oft die einzige Institu-
 48 tion, die junge Menschen systematisch erreichen kann. Es
 49 fehlt jedoch an praktischen Ansätzen, um die freiheitlich-
 50 demokratischen Werte nachhaltig zu vermitteln. Die Lehr-
 51 pläne müssen aktualisiert werden, um modernen Heraus-
 52 forderungen wie der Diversität der Schülerschaft und der
 53 Allgegenwärtigkeit sozialer Medien gerecht zu werden.

54

55 **Maßnahmenvorschläge für die Umsetzung**

- 56 • **Verpflichtender Epochenunterricht:** Themen wie
 57 das Grundgesetz, Demokratiebildung und Erinne-
 58 rungskultur müssen an allen Schulformen regelmä-
 59 ßig und tiefgehend behandelt werden.
- 60 • **Förderung der Diskussionskultur:** Schüler:innen sol-
 61 len lernen, ihre Meinungen frei zu äußern und sich
 62 mit kontroversen Themen kritisch auseinanderzu-
 63 setzen. Denn nur, wenn Schüler:innen sich selber ei-
 64 ne Meinung bilden und diese diskutieren, erfahren
 65 sie, was eine demokratische Debattenkultur ist.
- 66 • **Einbindung aktueller Themen:** Aktuelle politische
 67 Diskussionen, welche die junge Generation betref-
 68 fen und beschäftigen, beispielsweise zum Nahost-
 69 Konflikt, sollten gezielt im Unterricht aufgegriffen
 70 werden, um eine demokratische Diskussionskultur
 71 zu etablieren.
- 72 • **Demokratische Schulstrukturen:** Die Stärkung von
 73 Schülerparlamenten und Klassensprecherwahlen,
 74 um demokratisches Handeln praktisch zu erleben.
- 75 • **Würdigung der Diversität:** Die Leistungen von Gast-
 76 arbeitergenerationen und deren Beitrag zur deut-
 77 schen Gesellschaft sollten thematisiert werden, um
 78 ein Zugehörigkeitsgefühl zu stärken. Dies ist vor
 79 allem wichtig vor dem Hintergrund, dass deutsch-
 80 landweit ungefähr 40 % aller Schüler:innen einen
 81 Migrationshintergrund haben. Viele junge Men-
 82 schen mit Migrationshintergrund haben das Gefühl,
 83 dass im öffentlichen Diskurs über Integration sie als
 84 gesellschaftliche Gruppe eher als Problem wahrge-
 85 nommen werden und nicht als vollwertiger Teil un-
 86 serer Gesellschaft. Da ein Großteil der Schüler:in-
 87 nen mit Migrationshintergrund zu den Nachkom-
 88 men der Gastarbeiter gehört, wäre es angebracht,
 89 deren Leistungen z.B. am Wirtschaftswunder in den
 90 60er Jahren zu würdigen.

91

92 Vor dem Hintergrund, dass die jungen Erwachsenen im
 93 Vergleich zu älteren Generationen bereits die meisten an-
 94 tidemokratischen Denkmuster teilen und die heranwach-
 95 sende Generation bereits im Grundschulalter noch stär-
 96 ker solchen Denkmustern anhängt, ist keine Zeit für ei-
 97 nen parteiübergreifenden oder parteiinternen Streit über
 98 Antisemitismus-Definitionen oder -Ursachen. Es muss un-
 99 ter allen Demokrat:innen Konsens sein, dass antisemiti-

100 sche und antidemokratische Aussagen nicht hinnehmbar
101 sind. Da es sich nicht um Einzelfälle handelt und nicht
102 mehr viel Zeit ist, bis die derzeitige Schüler:innengenera-
103 tion erwachsen ist, muss schnell gehandelt werden.